



Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7541
VORLAGE

20. November 2020

Mein Aktenzeichen
365-010-S-100005-
0000- /2020
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail

Andreas Sackreuther
Andreas.Sackreuther@mdi.rlp.de

Telefon / Fax

06131 16-3803
06131 16-173803

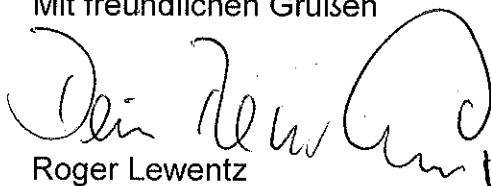
Sitzung des Innenausschusses am 4. November 2020
TOP 12: „Verfassungsfeinde instrumentalisieren Corona-Pandemie“
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 der GOLT
Vorlage 17/ 7370

Sehr geehrter Herr Präsident,

Herrn Hering,

in der Sitzung des Innenausschusses am 4. November 2020 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu TOP 12 „Verfassungsfeinde instrumentalisieren die Corona-Pandemie“ durch die Landesregierung zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Roger Lewentz



Sitzung des Innenausschusses am 4. November 2020

TOP 12 „Verfassungsfeinde instrumentalisieren Corona-Pandemie“
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
Vorlage 17/7370

Lassen Sie mich eingangs aus dem Sprechvermerk zum Tagesordnungspunkt „Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch Rechtsextreme“ des Innenausschusses vom 18. Juni, der Ihnen im Juli übermittelt wurde, zitieren:

„Extremisten, die die freiheitliche Demokratie angreifen und zu Fall bringen wollen, nehmen Krisen als Chance wahr, ihren Zielen näher zu kommen. Es wundert daher auch nicht, dass sie aktuell versuchen, die Corona-Pandemie für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke zu instrumentalisieren. Dies gilt insbesondere für rechtsextremistische Kreise“.

An dieser grundsätzlichen Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert. Ich werde zunächst auf die weitere Entwicklung im Bundesgebiet eingehen, bevor ich zur Lage in Rheinland-Pfalz Stellung nehme:

Das medienwirksame Demonstrationsgeschehen eines heterogenen Protestspektrums gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen wird insbesondere von Rechtsextremisten sowie vom „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Spektrum weiter mit Interesse verfolgt. Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ waren im Rahmen der Demonstrations- und Versammlungslagen am 1. und 29. August 2020 in Berlin präsent und deutlich festzustellen. Bereits im Vorfeld war eine starke Mobilisierung wahrnehmbar. In diesem Zusammenhang tat sich auch die neonazistische Partei „Der III. Weg“ hervor. Einzelne Aktivisten der Partei aus Rheinland-Pfalz konnten bei der Demonstration in Berlin am 29. August 2020 festgestellt werden.

Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“ gelang es zumindest, das von Nichtextremisten dominierte Protestgeschehen auch für eigene Zwecke zu nutzen und zeitweise wirkmächtige Bilder zu erzeugen. Dass sie eine prägende Stellung im Demonstrationsgeschehen eingenommen hätten, ist hingegen weiterhin nicht zu erkennen.



Die verstärkte Mobilisierung von rechtsextremistischer Seite für eine Beteiligung an großen, medienwirksamen Protestveranstaltungen ist dem Umstand geschuldet, dass die meisten Szeneangehörigen mittlerweile nicht mehr erwarten, dass sie durch eigene Veranstaltungen oder Aktionen eine größere Resonanz oder Anschlussfähigkeit erreichen können.

Angehörige des „Reichsbürger“-Spektrums treten im Zuge der jüngsten Demonstrationen gegen staatliche Corona-Maßnahmen verstärkt öffentlichkeitswirksam in Erscheinung und zeigen - im wahrsten Wortsinn - Flagge, d.h. die „Reichskriegsflagge“. Damit weichen sie ein Stück weit von ihrem gängigen Verhalten ab, das vornehmlich von konfrontativen Aktionen Einzelner gegen lokale Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung gekennzeichnet ist.

Die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden - nicht zuletzt wegen der Beteiligung von Rechtsextremisten - teilweise auch innerhalb der linksextremistischen Szene thematisiert. Linksextremisten beteiligen sich allerdings nur vereinzelt an Gegendemonstrationen.

Islamisten greifen im Kontext der Corona-Pandemie vereinzelt Verschwörungstheorien auf. In den vergangenen Wochen sind dabei sowohl im salafistischen Milieu als auch im Bereich des schiitischen Islamismus Beispiele für ein Interesse für Verschwörungstheorien des „rechten“ Spektrums zu beobachten.

Für Rheinland-Pfalz ergibt sich folgendes Lagebild:

Auch in Rheinland-Pfalz fanden und finden Demonstrationen und Kundgebungen eines heterogenen, bürgerlichen Protestspektrums gegen die Corona-Politik statt.

Rechtsextremisten thematisieren die Corona-Krise auch hier, wenngleich dies nur sporadisch und weitgehend ohne nennenswerte Außenwirkung geschieht. Versuche von Rechtsextremisten, sich dem Protestgeschehen anzuschließen, gingen - soweit bekannt - bislang u.a. von der Partei „Der III. Weg“ aus. Solche Versuche der Partei in



Kaiserslautern am 9. Mai 2020, 11. Mai 2020, 16. Mai 2020 und 23. Mai 2020 blieben erfolglos.

Ebenso bekannt geworden sind mehrere themenbezogene Flugblattverteilungen der neonazistischen Partei. Eine solche konnte am 27. September 2020 im Raum Speyer in den Ortsgemeinden Dudenhofen, Hahnhofen und Römerberg festgestellt werden. Hinweise über eine Zusammenarbeit der Partei „Der III. Weg“ mit der Bürgerinitiative „Eltern stehen auf“ liegen dem Verfassungsschutz allerdings nicht vor.

Zur Bürgerinitiative „Eltern stehen auf“ selbst ist bekannt, dass diese sich nach eigenen Angaben am 11. Juli 2020 gegründet hat und in Deutschland sowie in Österreich aktiv ist. Die Ziele und Forderungen der Initiative richten sich laut ihrer Website gegen einige Schutzverordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wie die Maskenpflicht und die Abstandsregelungen, die nach Darstellung der Initiative negative Auswirkungen insbesondere auf Kinder haben sollen.

„Eltern stehen auf“ organisiert und vernetzt sich augenscheinlich im Wesentlichen über das Internet. Es existieren eine Facebook-Seite der Initiative, die über 3.400 User abonniert haben, und eine „private“ Facebook-Gruppe mit über 28.000 Mitgliedern. Darüber hinaus wird für den Gebrauch des Messenger-Dienstes Telegram geworben. Für Rheinland-Pfalz konnten zehn regionale Telegram-Untergruppen festgestellt werden, die größte mit einer Mitgliederzahl von 461 und die kleinste mit 52.

Bisher liegen der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz keine Erkenntnisse über etwaige extremistische Bestrebungen der Initiative „Eltern stehen auf“ vor. Auch konnte nicht festgestellt werden, dass in den gesichteten Telegram-Gruppen von „Eltern stehen auf“ mit Rheinland-Pfalz-Bezug eine rechtsextremistische Beeinflussung oder sogar Steuerung stattfindet.

Als Fazit kann festgehalten werden:

Erwartungen insbesondere von rechtsextremistischer Seite, die Proteste im Kontext mit der Corona-Pandemie zu instrumentalisieren und über eine Beteiligung an ihnen Anschluss an das bürgerlich-demokratische Lager zu finden, haben sich in Rheinland-



Pfalz bislang nicht erfüllt. Gleichwohl werden die Sicherheitsbehörden des Landes wachsam bleiben und die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Nach derzeitigem Sachstand besteht für die Landesregierung aber keine Veranlassung, besondere Maßnahmen zu ergreifen. Sie setzt weiterhin auf Aufklärung und mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich in der weit überwiegenden Mehrheit klar von jeder Form des Extremismus distanzieren.